

19. Wahlperiode

## **Antrag**

der Fraktion der CDU

### **Abgaben- und Gebührenstopp für Berlin – entlasten und gegen Inflation vorgehen**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, umgehend einen Abgaben- und Gebührenstopp für Berlin zu erlassen. Der Senat von Berlin verpflichtet sich damit, keine Beschlüsse zu fassen, die zusätzliche finanzielle Lasten für die Menschen in Berlin bedeuten würden.

In gleicher Weise bindet sich das Abgeordnetenhaus von Berlin als Gesetzgeber, auf Beschlüsse zu verzichten, die neue oder steigende Gebühren für die Berlinerinnen und Berliner zur Folge haben. Das Land Berlin darf nicht Inflationstreiber sein, sondern hat dafür Sorge zu tragen, dass die Berlinerinnen und Berliner in dieser wirtschaftlich angespannten Situation nicht zusätzlich belastet sondern entlastet werden.

Dazu gehören neben den Kosten für Verwaltungsdienstleistungen auch alle weiteren durch das Land Berlin steuerbaren Kosten, vom Eintritt ins Schwimmbad über Mobilitätskosten (Fahrkarten im Nahverkehr oder Anwohnerparkausweise) bis hin zu erhöhten Steuerforderungen, bspw. durch die durch den Senat unsozial vorbereitete Grundsteuerreform.

#### ***Begründung:***

Die Lebenshaltungskosten in Deutschland und in Berlin steigen immer weiter. Betrug die Inflationsrate in Deutschland im Jahr 2020 0,5 Prozent, stieg sie im Jahr 2021 auf 3,1 Prozent

und beträgt im Juli 2022 mittlerweile 7,5 Prozent. Laut dem Amt für Statistik Berlin-Brandenburg haben sich im Juli 2022 die Verbraucherpreise im Vergleich zu Juli 2021 in Berlin um 7,7 Prozent erhöht.

Gerade für die Berlinerinnen und Berliner bedeuten diese Kostensteigerungen eine besondere Belastung, da sie aufgrund der Energieversorgung Berliner Wohnungen neben den gestiegenen Lebenshaltungskosten im allgemeinen durch die extrem steigenden Energiepreise besonders belastet werden.

Die Aufgabe des Landes Berlin ist es in dieser Zeit, nicht zusätzlich dazu beizutragen, dass der Bevölkerung höhere Kosten entstehen. Sämtliche neue Belastungen durch Gebühren, Abgaben oder erhöhte Steuern sind daher zwingend zu vermeiden.

Berlin, 22. August 2022

Wegner Melzer Goiny Wohlert  
und die übrigen Mitglieder  
der Fraktion der CDU